



Mitteilungen der Gesellschaft

Oktober 2023

Inhalt

I. In eigener Sache	3
Nachruf Dietrich Rauschnig (1931-2023)	3
II. Calls for Papers	5
NLIU-International Trade Law Journal Essay Competition, International Trade Law Journal, National Law Institute University, Bhopal (Deadline: 05.10.2023)	5
70 Years of EU Law: Continuity and Discontinuity, Max Planck Institute for Comparative Public and International Law, Heidelberg (Deadline: 08.10.2023)	6
Call for Applications: European Society, Loïc Azoulai and Armin von Bogdandy (Deadline: 31.10.2023).....	7
Interdisciplinary Journal of Populism (4th Issue), University of Central Lancashire Cyprus (Deadline: 06.11.2023)	8
Current Research on the Human Right to Science, Chair for Public International and European Law, University of Fribourg, Switzerland (Deadline: 15.11.2023)	10
SCLHR Blog, Society for Constitutional Law and Human Rights (Deadline: rolling, until December 2023)	10
Journal of International Law of Peace and Armed Conflict (1-2)(2024), Journal of International Law of Peace and Armed Conflict / Humanitäres Völkerrecht (JILPAC / HuV) (Deadline: 15.01.2024)	12
100 Years of Research in Comparative Public Law and International Law, Zeitschrift für ausländisches öffentlichen Recht und Völkerrecht (ZaöRV) / Heidelberg Journal of International Law (HJIL) (Deadline: No deadline, rolling basis)	13
III. Events: Vorträge, Workshops, Konferenzen, Summer Schools.....	15
Accountability for the Crime of Aggression, Department of International Law of the Faculty of Law, Charles University (Prague), 06.10.-11.11.2023	15

Love, Consent and Technology in Asia, EnRoL! - The Human Rights & Rule of Law Speaker Series, 11.10.2023, 14:00-15:00	15
In memoriam Judge Professor Thomas Buergenthal, Juristische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, Paulinerkirche Göttingen, 13.10.2023.....	16
Symposium: Europäisches und internationales Minderheitenrecht, Prof. Dr. Peter Hilpold, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität Innsbruck, 14.10.2023, 14:00-17:00.....	16
ECSA-Dreiländertagung, Universität Zürich, 19.-20.10.2023	16
International Law Weekend 2023, International Law Association - American Branch, 19.-21.10.2023	17
Rechtlich unlegbar: Die Bestrafung der Völkermordleugnung, International Nuremberg Principles Academy, 19.-21.10.2023	17
Conference on Chemical and Biological Weapons, Faculty of Law of the Justus-Liebig University Gießen, 23.-24.10.2023.....	18
Realizing Sustainable Development post-2030: The International Politics, Economics and Law of Clean Water & Sanitation (SDG 6), Zentrum für Internationale Studien, Technische Universität Dresden, 09.-11.11.2023	18
Basel Winter Arbitration School 2024, Arbitration Lab, 05.-09.02.2024	19
Winter School on Federalism and Governance 2024, Institute for Comparative Federalism of Eurac Research, Bolzano/Bozen, the Faculty of Law and the Faculty of Social and Political Sciences of the University of Innsbruck, 05.-16.02.2024	20
IV. Stellenanzeigen.....	22
Eine Stelle als Universitätsassistent*in (20 bzw. 30h/Woche), Universität Innsbruck (Deadline: 09.10.2023)	22
Five 2-year Postdoctoral Fellowships (100%), University of Konstanz (Deadline: 10.10.2023)	23
Mehrere Stellen als Universitätsassistent*innen Prae Doc (30h/Woche) oder Post Doc (40h/Woche), Wirtschaftsuniversität Wien (Deadline: 25.10.2023)	24
Eine Stelle als Referent*in (100%), Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) (Deadline: keine Angabe, zum frühestmöglichen Zeitpunkt).....	26
Mehrere Stellen als Rechtsreferendar*innen (100%), Amnesty International Deutschland e.V. (Deadline: Keine Deadline).....	28
Eine Stelle als Rechtsreferendar*in, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Deadline: keine Deadline).....	29

I. In eigener Sache

Nachruf Dietrich Rauschnig (1931-2023)

Am 17. September 2023 ist Dietrich Guido Rauschnig im hohen Alter von 92 Jahren in Göttingen gestorben. Geboren am 16. Januar 1931 in Klein Steinort/Ostpreußen hat das Erlebnis von Flucht und Vertreibung ihn und sein Lebenswerk nachhaltig geprägt.

Rauschnig studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Hamburg, München, Braunschweig, Nürnberg und an der University of British Columbia in Vancouver. 1954 legte er die Erste Juristische Staatsprüfung, 1960 die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg ab. An der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg wurde er 1964 mit einer Schrift zum Thema „Das Schicksal völkerrechtlicher Verträge bei der Änderung des Status ihrer Partner“ bei Herbert Krüger promoviert. Von 1960 bis 1969 als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Internationales Recht an der Universität zu Kiel tätig, habilitierte sich Rauschnig dort 1969 bei Eberhard Menzel über „Die Sicherung der Beachtung von Verfassungsrecht“. 1970 wurde er zum ordentlichen Professor und Direktor des Instituts für Völkerrecht an die Juristische Fakultät der Universität Göttingen berufen, als deren Dekan er 1973/74 tätig war. Rauschnig blieb über seine Emeritierung im Jahr 1999 hinaus dem Institut über 50 Jahre eng verbunden.

Dietrich Rauschnig hat das öffentliche Recht lange vor der Konjunktur des Begriffs als ein Mehrebenensystem verstanden. Die Politikfelder, denen er sich in seinen Arbeiten zuwandte, beleuchtete er aus den unterschiedlichen Perspektiven des Völkerrechts, des Verfassungs- und Verwaltungsrechts. Dafür war ihm eine enge Orientierung an der Rechtswirklichkeit Richtschnur. Großen Raum nahm seine Auseinandersetzung mit der Rechtsstellung Deutschlands und der rechtlichen Abwicklung der Kriegsfolgefragen ein, so beispielsweise zur umstrittenen Grenzlinie im Verlauf der Elbe. Dabei hat er das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands stets fest vor Augen gehabt und sich nach 1990 ihrer tatsächlichen Verwirklichung mit ganzer Kraft verschrieben. Sein zweites großes Forschungsinteresse galt dem Umweltrecht, mit dem er sich seit den frühen 1970er Jahren befasst hat. Debatten um Umweltschutz als Staatsaufgabe und Menschenrecht hat er von Anbeginn mitgeführt und als engagiertes Mitglied der International Law Association als Berichterstatter des Committee on Legal Aspects of the Conversation of the Environment gewirkt. Aus diesen Arbeiten gingen die 1982 ILA Montreal Rules on International Law Applicable to Transfrontier Pollution hervor. Darüber hinaus hat er sich immer wieder mit Fragen des allgemeinen Völkerrechts befasst. So galt sein Vortrag vor unserer Gesellschaft, deren stellvertretender Vorsitzender Rauschnig von 1977 bis 1983 war, dem Thema „Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidriges Verhalten“. Weitere Schwerpunkte seiner Forschung lagen im Seerecht, im Wehrrecht und im Atomrecht.

Dietrich Rauschnig hat ein Leben für das Gemeinwohl geführt – so der Titel der Laudatio in seiner Festschrift. Er war Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland. In den unterschiedlichsten Bereichen der rechtlichen und politischen Praxis – global und

lokal – , der akademischen Selbstverwaltung und im weiteren universitären Umfeld hat er sich stets mit großer Hingabe engagiert. So war er nicht nur von 1996 bis 2004 als Richter an der Human Rights Chamber for Bosnia and Herzegovina tätig, sondern zuvor von 1981 bis 1996 auch als Mitglied des Gemeinderates von Nörten-Hardenberg. In den siebziger Jahren hatte er den Vorsitz des Beirates der zentralen Vergabestelle für Studienplätze inne und war weit über seine Emeritierung hinaus im Vorstand des Göttinger Arbeitskreises aktiv. Nach der Wiedervereinigung hat er sich mit großem Engagement für die Neugründung der Juristischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg eingesetzt und von 1991 bis 1993 das Amt des Gründungsdekans übernommen. Bei all diesen Tätigkeiten waren ihm vor allem studentische Belange ein vorrangiges Anliegen, für die er sich im Stiftungsrat des Studentenwerks, in der Gemeinnützigen Gesellschaft Albertinum – der Verwaltung eines Göttinger Studentenwohnheims – und als Vertrauensdozent der Studienstiftung des deutschen Volkes eingesetzt hat. Er hat über die Studienstiftung nicht nur ein Auslandsprogramm mit der National University of Singapore auf den Weg gebracht und über 20 Jahre betreut, sondern nach Ende des Kalten Krieges auch vielen Studierenden der Universität Kaliningrad durch die von ihm wesentlich geprägte Eurofakultät neue Horizonte und Zukunftsperspektiven eröffnet. Für seinen Einsatz für die Juristischen Fakultäten in Halle und Kaliningrad wurde ihm der Doctor honoris causa verliehen.

Wer Dietrich Rauschnig im Studium, als Mitarbeiter, Doktorand und Schüler erlebt hat, wird sich an eine außergewöhnliche Persönlichkeit erinnern, gerade auch an seinen Humor und seine Fähigkeit, über sich selbst zu lachen. Als akademischer Lehrer hat er ein Bild des Völkerrechts gezeichnet, das sich zwischen positiver Rechtsdoktrin und wirksamkeitsorientierter Kritik bewegte, die sich auch aus seiner Bewunderung für den skandinavischen Rechtsrealismus von Alf Ross speiste. Lange vor der Zeit hat er sich für die Förderung von Frauen in der Rechtswissenschaft eingesetzt. Seinen Doktoranden einen Sinn für präzise Sprache zu vermitteln, war ihm ein wichtiges Anliegen. Gemeinsam mit seiner Frau Inge, mit der er über 60 Jahre verheiratet war, hat er am Institut und im Kreise seiner Schüler ein besonderes Umfeld geschaffen, vor allem bei den Seminarabenden und Exkursionsnachbereitungen im Rodetal. Jedes Jahr „in der den Exkursionen vorbehaltenen Pfingstwoche“ fuhr er mit seinen Studierenden zumeist im VW-Bulli nach Polen, Den Haag, Wien, Genf, Brüssel, Straßburg, Washington oder New York, um ihnen die Arbeit internationaler Organisationen vor Ort zu zeigen. Die große Verbundenheit, die er zu seinen Schülern aufgebaut hat, zeigt sich nicht zuletzt bei dem von ihm gegründeten Göttinger Verein zur Förderung des Internationalen Rechts, der viele seiner ehemaligen Mitarbeiter und Doktoranden versammelt und noch in den letzten Jahren gemeinsame Exkursionen mit ihm durchgeführt hat.

Sein kritischer, widerständiger Geist bleibt Vorbild ebenso wie seine einzigartige Fürsorge und Förderung für die, die seinen Weg begleitet haben. Gerade heute wird sein Sinn für die angemessene Balance zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren im Völkerrecht fehlen.

Heike Krieger

II. Calls for Papers

NLIU-International Trade Law Journal Essay Competition, International Trade Law Journal, National Law Institute University, Bhopal (Deadline: 05.10.2023)

About the Competition

We are excited to launch this new initiative with the help of our law firm partner – Economic Laws Practice (ELP), a leading law firm in the field of International Trade Law and Manupatra, a leading online legal research database. Through this Essay Competition we thrive to present an opportunity for legal minds to engage with the intricate dimensions of international trade law. This competition aims to encourage critical thinking, innovative analysis, and scholarly exploration of the challenges and prospects within the field of international trade law.

Eligibility

We invite law students currently enrolled in their undergraduate or LLM degrees (or equivalent) to submit their essays and contribute to the discourse on international trade law. Your essays have the potential to shape legal perspectives, influence policy decisions, and contribute to the evolution of international trade law.

Theme

International Trade Law including allied fields such as international investment law, international business law and international competition law etc. The Competition would prefer Essay entries about the Global South and India from an intersectional lens.

Prizes

First Prize:

- Internship opportunity with ELP's Trade Team
- Publication of the article in Volume III of the NLIU-International Trade Law Journal
- 3 months subscription of Manupatra
- 1 Lawskills course of their choice on Manupatra
- Cash Prize of Rs. 5000/-

Second Prize:

- Publication of the article in volume III of the NLIU-International Trade Law Journal
- 1 Lawskills course of their choice on Manupatra
- Cash Prize of Rs. 3000/-

3. Third Prize:

- Publication of the article in volume III of the NLIU-International Trade Law Journal
- 1 Lawskills course of their choice on Manupatra
- Cash Prize of Rs. 2000/-

Timeline

Release of Call for Submissions – 20th August, 2023

Last date of Submission – 5th October, 2023

Declaration of Results – 31st October, 2023

70 Years of EU Law: Continuity and Discontinuity, Max Planck Institute for Comparative Public and International Law, Heidelberg (Deadline: 08.10.2023)

The European Commission's Legal Service recently published a collective book on "70 Years of EU Law: A Union for Its Citizens" (Publications Office of the EU 2022, [available open-access here](#)), setting out to recapitulate the evolution of EU's legal system. The Legal Service's book is marked by several implicit, yet distinctive interpretive choices. It shows an incremental understanding of European integration aligned with neo-functional theories. Moreover, it sees the EU's legal system through the lens of the "integration through law" paradigm. It also insists on tangible changes for European citizens' everyday life, in keeping with the "output legitimacy" reading of European integration.

Overarchingly, the book suggests an interpretation of EU law's evolution aligned with a *continuity* paradigm. Under this approach, the multiple developments that marked the history of EU law (from the "supranationalisation" of EU law through *Van Gend en Loos* and *Costa/ENEL* to the novelties introduced in the "rule of law crisis") emerge as a coherent development. Hence, the evolution of EU law, though often occurring in response to unforeseen developments and challenges, is presented as the progressive realisation of the founding fathers' forward-looking vision.

There are, however, different takes on the evolution of EU law, that come with different interpretive choices. For instance, Antoine Vauchez has highlighted the contingencies and confrontations inherent in the evolution of EU law as a "social field". Under this account, far from being the unfolding of a tale foretold, the evolution of EU law is best characterised as the outcome of historically situated competitive struggles. Such an approach resonates with Pier Giuseppe Monateri's *discontinuity* paradigm of legal history. Assuming the constructive nature of any historical interpretation, it is possible, when accounting for a legal system's evolution, to emphasise not only aspects of harmonious evolution, but also those that can be understood as a genuine rupture with the past *status quo*.

Any interpretation of the evolution of EU law is therefore bound to be a selective and positional exercise. The vision articulated throughout the Legal Service's book offers a robust and persuasive perspective on EU law's path. However, competing, yet equally persuasive visions may exist and shed new light on the evolution of European integration.

To facilitate an exchange of such visions, the Max Planck Institute for Comparative Public and International Law in Heidelberg (MPIL) will host a conference devoted to **a discussion of the Legal Service's book with members of the Commission's Legal Service**. The conference will be held in-person, **from Thursday, 1st February 2024 to Saturday, 3rd February 2024, in the premises of the MPIL** in Heidelberg (Germany). The present call is addressed to scholars at all stages of their career, including **early-career researchers** (Ph.D. candidates and Post-docs).

Interested researchers are invited to submit, via email to Paolo Mazzotti (mazzotti@mpil.de), the following documents **by 8th October 2023 at 23:59 (CEST)**:

- An abstract of up to 500 words;
- A short CV (max 2 pages);
- A list of relevant publications (if applicable).

Submitted abstracts should adopt one of two perspectives:

1. A reflection on the overall approach of the book, on the interpretive paradigms underlying it, and/or on the choice of the topics covered therein; or
2. A reflection on a specific chapter of the book, addressing the topic(s) included therein from a diachronic perspective.

Submitted abstracts should specify to which of the two categories the proposed contribution belongs (and, for proposals for category (b), which chapter of the book the proposed contribution specifically addresses). Emphasis should be placed on complementary, alternative, or missing perspectives in accounting for the evolution of EU law. Theoretically informed contributions are particularly welcome.

Successful applicants will be notified by the end of October 2023.

Selected researchers should submit a **first draft** of their paper (up to **5.000 words, excluding footnotes**) by **15th January 2024 at 23:59 (CEST)**. The conference committee plans to publish the papers in an edited collection, or in a special issue of an international journal. The final version of the papers, to be submitted at a later stage, will be expected not to exceed 8.000 words (excluding footnotes).

The MPIL will cover travel and accommodation expenses for all selected speakers.

Conveners:

Prof. Dr. Armin von Bogdandy (MPIL)

Prof. Dr. Clemens Ladenburger (European Commission's Legal Service; Europa-Institut, Universität des Saarlandes)

Paolo Mazzotti (MPIL)

Call for Applications: European Society, Loïc Azoulay and Armin von Bogdandy (Deadline: 31.10.2023)

Loïc Azoulay and Armin von Bogdandy are setting up a group to explore the potential of the concept of European society to understand, critique, and change the European situation and Europeans' condition. We see it as a momentous decision that European policy makers stated in the Lisbon Treaty the existence of European society (Article 2), indicating what the ever closer union (Article 1) is about. Society is one of the great concepts of European thought and yet strangely sidelined in most European discussions. The project aims to change this by exploring possible meanings of the concept. This includes a new approach to Europe as we see European society enmeshed into ever greater webs of interdependence, whether they are political, economic, social, cultural, technological or legal in nature, but also fraught with ever deeper conflicts that divide and polarize it from each other and from within.

The group shall include members versed in law, sociology, anthropology, philosophy, the history of ideas, post-colonial studies, economics, political science, political theory, social history,

and socio-legal studies. We are aiming at a group that joins scholars at different stages in their career with different backgrounds, but united in by the wish to make a deep and original contribution to what should become a milestone in many discussions. Advanced doctoral students and post-docs are welcome.

The group will meet in 2024 on the following dates (EUI and MPIL):

- 24 to 26 January
- 25 to 28 June
- 26 to 29 November

The eventual contributions will form an open-access publication with a publisher of high visibility. Those interested should send an abstract of an envisaged contribution (1 page) and a short c.v. to society@mpil.de by October 31, 2023. Costs for travel and stay will be supported; professional language editing will be provided.

About the Organizers

Loïc Azoulay is a Professor of European Law at Sciences Po Law School. He will held the Chair in Law and Social Europe at the European University Institute from January 2024 on. His work is entirely devoted to the study of the laws of Europe.

Armin von Bogdandy is director at the Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law in Heidelberg and Professor for Public Law at the University in Frankfurt/Main. His work is dedicated to the structural change of public law.

Find more information on: <https://www.mpil.de/s/society/>

Interdisciplinary Journal of Populism (4th Issue), University of Central Lancashire Cyprus (Deadline: 06.11.2023)

The Interdisciplinary Journal of Populism is a bi-annual international, peer-reviewed, and open-access journal on the study of populism and its manifestations. The journal is of relevance to the work of academics, practitioners, policymakers, and civil society. The Journal was initially established within the framework of a Jean Monnet Module entitled 'European Union Law and Governance in Populist Times' that run at the University of Central Lancashire Cyprus between 2019-2022. The Journal continues its operation, being published by the School of Law of the University of Central Lancashire Cyprus. The journal publishes original research in the form of scientific articles (6,000 – 8,000 words including footnotes), short essays (2,000-3,000 words), and book reviews (1,000-2,000 words including footnotes) on populism and populism-related themes.

For the fourth issue of the Journal, we are delighted to announce that Andreas Piperides and Nikandros Ioannidis will be taking on the role of guest editors. Andreas Piperides is a Ph.D. Candidate, Graduate Teaching Assistant, and Co-Convenor of the International Law Working Group at the University of Glasgow. His research focuses on critical approaches to International Law, legal theory, and political philosophy. Nikandros Ioannidis is a Ph.D. candidate at

Pompeu Fabra University. His Ph.D. research is related to voter-party congruence, representation, and party politics.

The special theme of the 4th issue of the Journal is “The Rise and Future of the Populist Radical Right in Europe”. The populist radical right (PRR) remains one of the main political movements in Europe, promoting nativism, Euroscepticism, and authoritarianism. PRR parties have been steadily increasing in electoral numbers in recent years and can significantly influence government policy in their countries. They are characterised by their opposition to immigration, globalisation, and multiculturalism. They claim to represent the ‘real’ people of the nation against the corrupt elite, which is seen as having sold out the country’s interests to foreign powers. Most PRR parties are also Eurosceptic, opposing the federal agenda of the European Union (EU) and the open border policies it has promoted. The movement sees the EU as a bureaucratic and undemocratic institution that undermines national sovereignty.

The PRR has gained popularity in several European countries. In Hungary, the ruling Fidesz party under Prime Minister Viktor Orbán has been accused of suppressing the media, undermining the judiciary, and restricting the freedom of civil society organisations. Similarly, in Poland, the Law and Justice Party have been accused of undermining the rule of law, the independence of the judiciary, and the freedom of the press. In France, the National Front under Marine Le Pen has gained significant support by opposing immigration and political Islam. The party has also called for a referendum on France’s membership of the EU. In Italy, the League under Matteo Salvini has taken a tough stance on immigration and has called for the deportation of undocumented immigrants. Despite these concerns, PRR parties continue to gain ground in many parts of Europe. Their anti-establishment rhetoric and focus on national sovereignty have resonated with many voters who feel disillusioned with mainstream political parties. The growing disaffection towards the mainstream parties does not appear to lessen, and therefore the future of the PRR and its impact on European politics remains to be determined.

This special issue seeks to examine the drivers behind the increasing popularity of PRR, their opposition to immigration, globalisation, and multiculturalism, and their impact on European and national politics. Furthermore, this issue invites for a critical examination and analysis of the current and future prospects of the PRR in Europe, with a particular focus on its potential impact on governance and political opposition at the national and European levels. We welcome interdisciplinary research from a variety of academic perspectives, including but not limited to political science, sociology, history, law, cultural studies, and media studies. Contributions may include empirical studies, theoretical analyses, case studies, and comparative studies that examine the phenomenon of PRR in Europe.

Potential topics for submission include, but are not limited to:

- The ideological and political characteristics of PRR parties and movements
- The role of economic, cultural, and political factors in the rise of PRR in Europe
- The impact of PRR on European democracy and the democratic process
- The relationship between PRR and mainstream political parties
- The response of the European Left to the rise of PRR
- The media representation of PRR in Europe
- The authoritarian tendencies of PRR and their implications for the rule of law and civil society
- The impact of PRR on minority rights, gender equality, and social justice in Europe

- The future of PRR

The next submission deadline for the Journal is on **6 November 2023**. All submissions must be sent to submissions@lawpop.eu. Papers should not have been published already, nor should they be under consideration elsewhere. Please consult our Submission Guidelines before submitting your paper. For more information on the Journal, please visit our website.

For any further information, you can contact us at submissions@lawpop.eu

Current Research on the Human Right to Science, Chair for Public International and European Law, University of Fribourg, Switzerland (Deadline: 15.11.2023)

The Chair for Public International and European Law at the University of Fribourg (Switzerland) is organizing a doctoral colloquium on “Current Research on the Human Right to Science”, which will take place on 6 and 7 September 2024 in Fribourg, Switzerland. It invites advanced doctoral students in the disciplines of international (human rights) law, public and constitutional law, political science, philosophy of science, and political and legal philosophy to submit a proposal for a paper stemming from their current research on any aspect of the human right to participate in and enjoy the benefits of scientific progress and its applications. An anonymized abstract (max. 1’000 words) and a short CV should be sent to katja.acher-mann@unifr.ch by 15 November 2023. If selected, draft papers (max. 8’000 words) are due on 1 August 2024 and will be commented on by senior academics participating in the doctoral colloquium.

The doctoral colloquium takes place within the framework of, and travel and accommodation costs of the selected participants are fully covered by, the Swiss National Science Foundation’s Research Project “Institutionalizing the Human Right to Science”.

The detailed call for papers as well as further information on the format of the colloquium can be found [here](#).

SCLHR Blog, Society for Constitutional Law and Human Rights (Deadline: rolling, until December 2023)

SCLHR Blog is accepting blogposts on a rolling basis until December 2023. Please find the call poster [here](#) and the editorial guidelines [here](#).

About the Blog

The SCLHR Blog is a student-edited, peer-reviewed and an open-access blog maintained by the Society for Constitutional Law and Human Rights. We at SCLHR seek to provide a platform that promotes and sustains informed discussion and dialogue on emerging issues in the field of Constitutional Law and Human Rights. We further welcome original contributions from students, researchers, academicians, legal practitioners, and those who are enthusiastic to engage in academic discourse and widen the scope of the Constitutional study for our readers through their creative and informative research works. Keeping the objective of our society, we highly encourage our authors to explore critical and multidisciplinary perspectives on Constitutional developments in and beyond India. Hence, with the above objectives in mind, we welcome all submissions on the field of Constitutional Law and Human Rights subject to the following guidelines.

Broad Themes

The SCLHR Blog invites contributions on contemporary issues surrounding Constitutional Law and Human Rights including but not limited to the following:

1. Emerging Challenges to Freedom of Expression in the Digital Age
2. Balancing Public Security and Civil Liberties: Recent Developments
3. Constitutional Amendments: Implications for Human Rights Protections
4. Privacy Rights and Surveillance
5. Access to Justice and Legal Aid: Bridging the Gap
6. Constitutionalism in Times of Crisis: Lessons from Global Events
7. Environmental Rights and Constitutional Frameworks
8. Freedom of Religion: Contemporary Debates and Challenges
9. Ensuring Free and Fair Elections

The submissions must attempt to exhaustively explain their topic ***within the limit of 1500 – 2000 words***. However, depending upon the quality and depth of research and its expression, relaxation may be given and the word limit may vary. Therefore, it is recommended to refrain from using a broad topic and to choose a specific one.

Formatting Guidelines

1. Submissions should be in Times New Roman, size 12, with 1.5 line spacing, and 1-inch margins on all sides of an A4 sheet.
2. Any picture or similar visual representations, if submitted, must be copyright free.
3. All the relevant sources must be duly acknowledged in footnotes conforming to the Bluebook 21st Edition.
4. No endnotes and speaking notes are permitted.
5. All manuscripts must be submitted in a .doc or .docx format.

Editorial Guidelines

1. Each submission shall undergo two rounds of the review process by the Editorial Board for publication which are formative and substantive.
2. About three weeks will be taken to review a submission. Once the review is completed, the author may receive comments suggesting changes to content, style, or

structure. Authors should be prepared to make suitable changes to their articles as required by the Editorial Board before publication.

3. Please follow up if you do not hear from us within three weeks of the submission of your manuscript.
4. The Editorial Board strives to provide substantive feedback for every submission that is received. However, it may not always be possible to do so considering a large number of submissions.
5. A submission in consideration at the SCLHR Blog must not concurrently be in consideration elsewhere.
6. Posts accepted at the SCLHR Blog cannot be cross-published elsewhere. Articles with plagiarism of more than 20% will be rejected.
7. Copyright of all the entries shall exclusively vest with UPES. The submission would imply that the author has assigned such rights to UPES.
8. The decision of the Editorial Board is final and binding concerning the publication of the submission.

Submission Procedure

All submissions must be made at <https://forms.gle/biGfRFk8FU5yVKc57>.

All information regarding Call for Blogs <https://linktr.ee/callforblogssclhr>

Contact Information

Kanha Shrivastava

(Associate Editor, SCLHR)

+91 9109486636

Email: sclhr@ddn.upes.ac.in

Visit our Blog Website at: <https://sclhrblogs.wordpress.com/>

Journal of International Law of Peace and Armed Conflict (1-2)(2024), Journal of International Law of Peace and Armed Conflict / Humanitäres Völkerrecht (JILPAC / HuV) (Deadline: 15.01.2024)

The editorial board invites authors to submit papers to be published in the 1st issue of 2024. This issue's topical focus is on ***Transitional Justice***.

The *Journal of International Law of Peace and Armed Conflict / Humanitäres Völkerrecht* (JILPAC / HuV) specialises in the legal analysis surrounding armed conflicts. The Journal focuses on the contemporary challenges of international humanitarian law and related fields, including international human rights law and international criminal law as well as on practical challenges of humanitarian aid and peace missions. It publishes papers, commentaries, case

notes, book reviews, and conference reports on current events and future developments of the law and of humanitarian action in both English and German.

For this special issue, we particularly invite submissions of articles focusing on the following topics:

- The role of transitional justice in the establishment of peace and human rights protection;
- The interplay of international humanitarian law and human rights law during the phase of transitional justice;
- The role of truth and justice commissions;
- Actors shaping transitional justice;
- Reparations and the promise of non-repetition;
- The role of vulnerable groups (e.g. women, children, LGBTIQ*) in transitional justice;
- Transitional justice from critical perspectives.

Submissions focusing on other topics are equally welcome.

Papers should be approx. 6,000 words inclusive of footnotes and must conform with the house style guide of the JILPAC (which is available on our [website](#)). Submissions, including a brief abstract and statement of affiliation should be sent to the Managing Editor of the JILPAC via e-mail: Spyridoula.Katsoni@ruhr-uni-bochum.de.

The **deadline** for submissions is **15 January 2024**.

See the full Cfp [here](#) and the instructions for contributors [here](#).

100 Years of Research in Comparative Public Law and International Law, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaöRV) / Heidelberg Journal of International Law (HJIL) (Deadline: No deadline, rolling basis)

Call for Focus Sections and Papers

In 2024, the Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, Heidelberg (MPIL), will celebrate its 100th anniversary. Over the years, the Institute's research has tackled foundational issues of public international law, European Union law as well as comparative public law and at times has shaped the debate. As the first centenary comes to a close, we take a critical look back at the past, yet we also want to look forward by exploring topics, challenges, and methods for the next century.

The ZaöRV invites proposals for focus sections or papers which address new topics, challenges, methods, and approaches for research in public international law, European Union law, or comparative public law.

All proposals for papers and focus sections can be submitted to zaoerv@mpil.de. Proposals should include a short description of the topic and possible contributions (maximum of 1,000 words). More information can be found here: <https://www.mphil.de/files/pdf6/call-for-papers.pdf>.

III. Events: Vorträge, Workshops, Konferenzen, Summer Schools

Accountability for the Crime of Aggression, Department of International Law of the Faculty of Law, Charles University (Prague), 06.10.-11.11.2023

Accountability for the Crime of Aggression: Registration is open the conference organised by the Department of International Law of the Faculty of Law, Charles University (Prague) focusing on current legal developments in the enforcement of the crime of aggression.

The [Prague Conference](#) 'Towards Accountability for the Crime of Aggression Committed Against Ukraine', 10-11 November 2023, will discuss the possible categories of a special tribunal for the prosecution of the crime of aggression against Ukraine and their implications, particularly on the (non)applicability of immunities from foreign criminal jurisdiction and other important aspects. To join, please register via the [conference website](#) until 31 October 2023.

Love, Consent and Technology in Asia, EnRoL! - The Human Rights & Rule of Law Speaker Series, 11.10.2023, 14:00-15:00

EnRoL! – The Human Rights & Rule of Law Speaker Series is organizing a webinar on 'Women's Rights in Asia: Love, Consent and Technology' which will take place on 11 October 2023, 2.00 – 3.00 p.m. (Amsterdam time).

We will discuss love marriage & technology-facilitated gender-based violence with two fantastic guests:

Dr. Rama Srinivasan, Anthropologist and Author of 'Courting Desire: Litigating for Love in North India',

and

Dr. Sou Hee Yang, Assistant Professor, Faculty of Social Sciences, Waseda University in Tokyo.

Registration is free and now open, [here](#).

EnRoL! – The Human Rights & Rule of Law Speaker Series is the webinar series for everyone interested in the latest developments in human rights and rule of law. We give the floor to female role models, practitioners and scholars, who discuss with us human rights and rule of law matters from around the world. *EnRoL!* is organized by Dr. Stefanie Lemke and Dr. Qiao Cong-rui (VU Amsterdam).

In memoriam Judge Professor Thomas Buergenthal, Juristische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, Paulinerkirche Göttingen, 13.10.2023

Am Freitag, dem 13. Oktober 2023, wird die Juristische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingens unseres kürzlich verstorbenen Ehrendoktors Prof. Dr. Dres. h.c. Thomas Buergenthal, früherer Präsident des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs und Richter des Internationalen Gerichtshofs gedenken. Der amtierende Richter des IGH und frühere Lehrstuhlinhaber in Göttingen Prof. Dr. Georg Nolte, die Richterin des Europäischen Gerichtshofs Prof. Dr. Anja Seibert-Fohr sowie der Richter des Kosovo-Sondertribunals Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos werden an Buergenthals Verdienste und Beiträge als Richter und Rechtslehrer erinnern; Generalanwältin Prof. Dr. Dres. h.c. Juliane Kokott und Prof. Dr. Dres.h.c. Christian Tomuschat haben für „Keynotes“ zugesagt. Für die Familie Buergenthal wird Alan Buergenthal antworten.

Ort: Paulinerkirche Göttingen (Historisches Gebäude), Papendiek 14, Alfred Hessel Saal

Zeit: Freitag, 13. Oktober, 14 – 18 Uhr.

Alle Mitglieder der DGIR sind herzlich willkommen.

Symposium: Europäisches und internationales Minderheitenrecht, Prof. Dr. Peter Hilpold, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität Innsbruck, 14.10.2023, 14:00-17:00

Das Programm ist [hier](#) als PDF zu finden.

ECSA-Dreiländertagung, Universität Zürich, 19.-20.10.2023

Die traditionelle Dreiländertagung der ECSA Suisse, der ECSA Austria und des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Deutschland findet am 19./20. Oktober 2023 an der Universität Zürich statt. Sie steht unter dem Motto «Europäische Integration in unsicheren Zeiten». Ein besonderer Fokus liegt auf der Interdisziplinarität und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Tagung wird von Prof. Matthias Oesch geleitet.

Die European Community Studies Association (ECSA) wurde 1987 gegründet. Sie fasst als Dachverband die jeweiligen nationalen Vereinigungen zusammen, die in vielen Ländern in Europa und darüber hinaus existieren. Dazu gehören auch ECSA Suisse, ECSA Austria und der Arbeitskreis Europäische Integration e.V. Deutschland.

Datum und Ort

Die Tagung findet am Donnerstag und Freitag, 19. und 20. Oktober 2023, in der “Kleinen Aula” der Universität Zürich (RAA-G-01), Rämistrasse 59, 8001 Zürich statt.

Organisation

Die Tagung wird vom Institut für Völkerrecht und ausländisches Verfassungsrecht der Universität Zürich organisiert.

Programm

Das Programm finden Sie auf der Website des Lehrstuhls Oesch, Universität Zürich: https://www.ivr.uzh.ch/de/institutsmitglieder/oesch/aktuell_neu.html

Anmeldung

Anmeldungen sind erbeten an: mirjam.zueger@rwi.uzh.ch. Anmeldeschluss ist am 15. Oktober 2023. Die Tagung ist kostenlos.

International Law Weekend 2023, International Law Association - American Branch, 19.-21.10.2023

Registration now open: International Law Weekend 2023

The American Branch of the International Law Association (ABILA) is excited to announce that registration is now open for International Law Weekend (#ILW2023) which will be held October 19-21, 2023 in NYC. The unifying theme for ILW 2023 is *Beyond International Law*. The conference will feature 35 panels (many of which offer CLE), a High-Level Opening Plenary, multiple keynote addresses, networking opportunities, the 101st Members Meeting, award ceremonies, and more. The Friday evening UN Mission Reception requires a separate ticket.

Register and learn more about International Law Weekend 2023 on our [website](#).

Find our [Twitter](#) and [LinkedIn](#) announcements as well.

Rechtlich unleugbar: Die Bestrafung der Völkermordleugnung, International Nuremberg Principles Academy, 19.-21.10.2023

Die Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien (Akademie) wird das Nuremberg Forum 2023 vom 19. bis 21. Oktober 2023 im historischen Saal 600 des Nürnberger Justizpalastes veranstalten. Es besteht auch die Möglichkeit online teilzunehmen. Die Konferenz findet in englischer Sprache statt. Eine vorherige Registrierung ist notwendig.

Die Konferenz wird sich mit dem Konzept der Leugnung befassen, was es ist, wie es sich manifestiert und wie es zu regulieren ist. Völkermordleugnung in Bezug auf den Holocaust, den Völkermord in Ruanda und das Massaker von Srebrenica bilden hierbei einen Schwerpunkt. In Bezug auf den Umgang mit Völkermordleugnung und auch zum Thema Prävention werden multilaterale und nationale Bemühungen in den Blick genommen. Auf der Konferenz wird auch die juristische Aufarbeitung sowie die Rechtsprechung der internationalen Strafgerichtshöfe im Zusammenhang mit sogenannten Sprachverbrechen wie dem Aufruf zum Völkermord diskutiert. Die Konferenz gliedert sich in fünf Panels:

- Panel I: Leugnung: De Facto, de Jure and in Doctrina
- Panel II: Die Auswirkungen von Leugnung in Post-Konfliktgesellschaften
- Panel III: Leugnung, ihre Regulierung und rechtliche Besonderheiten

- Panel IV: Wiedergutmachung, Anerkennung und Versöhnung
- Panel V: Unleugbar und nicht unlösbar. Andere Wege nach vorne

Die Leitfragen im Mittelpunkt der Konferenz sind: „Greifen Gesetze gegen Leugnung zu stark in die Meinungsfreiheit ein?“, „Was sind die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Rahmen der Regulierung von Völkermordleugnung?“, „Wie können Maßnahmen gegen Völkermordleugnung die Wiederholung der Gräueltaten verhindern?“ and „Was können On-line-Plattformen tun, um Völkermordleugnung entgegenzuwirken?“

Das Nuremberg Forum wird führende Praktiker:innen, Expert:innen und Fachleute aus dem gesamten Bereich des Völkerstrafrechts und verwandten Gebieten zusammenbringen. Als Redner bereits zugesagt haben unter anderem: Serge Brammertz (Ankläger, Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe), Alice Wairimu Nderitu (UN-Sonderberaterin zur Prävention von Völkermord), Dr. Navi Pillay (ehem. UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, ehemalige Richterin am Internationalen Strafgerichtshof und Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda) und Dr. Ludwig Spaenle (Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe).

Für mehr Informationen und für die Registrierung zum Nuremberg Forum besuchen Sie gerne unsere Website unter www.nurembergforum.org.

Conference on Chemical and Biological Weapons, Faculty of Law of the Justus-Liebig University Gießen, 23.-24.10.2023

The Faculty of Law of the Justus-Liebig University Gießen is organizing the conference '[Chemical and Biological Weapons: The Interconnectivity of Norms](#)' on 23-24 October 2023 in Gießen, Germany. This conference aims to provide a platform for scholars, practitioners, policymakers, and researchers to engage in thoughtful discussions regarding the relevant normative regimes for Chemical and Biological weapons and especially how different norms and levels of norms interact with one another. Please register for the Conference [here](#).

Realizing Sustainable Development post-2030: The International Politics, Economics and Law of Clean Water & Sanitation (SDG 6), Zentrum für Internationale Studien, Technische Universität Dresden, 09.-11.11.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns außerordentlich, Sie zur Teilnahme an unserer bevorstehenden wissenschaftlichen Konferenz "Realizing Sustainable Development post-2030: The International Politics, Economics and Law of Clean Water & Sanitation (SDG 6)" einzuladen. Diese findet anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Studienganges Internationale Beziehungen sowie des 20(+1). Geburtstages des Zentrums für Internationale Studien an der TU Dresden statt. In Zusammen-

arbeit mit UNU-Flores wartet zwischen dem **09. und 11. November 2023** ein spannendes Programm mit internationalen Expert:innen auf Sie, um das Konfliktfeld Wasser aus verschiedenen Perspektiven interdisziplinär zu beleuchten.

Gleichzeitig soll genügend Raum geschaffen werden, um einen Austausch zwischen Alumni, gegenwärtigen Studierenden, Professoren und Professorinnen und sonstigen Beteiligten zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Verein Internationale Beziehungen Dresden e.V wollen wir auch abseits der Konferenz durch eine Party am Abend des 10. Novembers und einen Alumni-Brunch am Vormittag des 11. November die Möglichkeit schaffen, alte und neue Kontakte zu pflegen und ein schönes Wiedersehen mit ehemaligen Kommiliton:innen in einer ansprechenden Umgebung zu schaffen. Mit großer (Vor)Freude haben wir vernommen, dass der allererste IB-Jahrgang (BA'1998) eine „Reunion“ im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten plant.

Das komplette Jubiläumsprogramm finden Sie im Anhang dieser Mail sowie auf unserer Homepage unter <https://tu-dresden.de/zis/kooperation/conferences/25-jaa>.

Teilnahme und Anmeldung

Mit einer möglichst frühzeitigen Anmeldung helfen Sie uns (ZIS-Team und IB-Verein) bei den organisatorischen Planungen. Das Anmeldeformular finden Sie unter <https://bildungsportal.sachsen.de/umfragen/limesurvey/index.php/451761?lang=de>. Wir wären Ihnen für eine Anmeldung bis zum 15. Oktober 2023 dankbar!

Zögern Sie nicht, uns bei Fragen oder Anliegen unter veranstaltungen.zis@mailbox.tu-dresden.de zu kontaktieren. Wir freuen uns darauf, Sie auf unserer Konferenz begrüßen zu dürfen und 25 bzw. 21 erfolgreiche Jahre IB und ZIS gemeinsam gebührend zu feiern.

Mit herzlichen Grüßen aus Dresden

Ihr Team des ZIS und der Vorstand des IB Dresden e.V.

Basel Winter Arbitration School 2024, Arbitration Lab, 05.-09.02.2024

The Basel Winter Arbitration School will take place on **5-9 February 2024** at the **Law Faculty of the University of Basel in Switzerland**. It will also be possible to attend the school in an **online format**.

The school will feature an interactive five-day programme introducing participants to different types of public, private and hybrid arbitration and related practice development and career opportunities. This programme will particularly benefit young practitioners and graduate students working in dispute resolution.

Curriculum

The school curriculum will cover the following topics:

- UNCLOS arbitration
- International commercial arbitration
- Business and human rights arbitration (The Hague Rules)

- Investor-State arbitration
- Arbitration and mediation at the World Intellectual Property Organisation
- Arbitration in sports
- State-State institutional adjudication
- The conceptual foundations of international adjudication
- Transparency and confidentiality in international arbitration
- Enforcement of arbitral awards
- Diversity in arbitration
- Oral and written skills in arbitration
- Panel discussion with practitioners: Careers in international arbitration

Faculty

Confirmed faculty members include:

- Dr. iur. Anna Petrig, LL.M. (Harvard), University of Basel
- Dr. Yarik Kryvoi, LL.M. (Harvard), British Institute of International and Comparative Law (London)
- Prof Dr. iur Thomas Schultz, LL.M. (EALT), King's College London (keynote speaker)
- P Dr. Dr. h.c. Anne Peters, LL.M. (Harvard), Max Planck Institute for Comparative Public Law
- Judge Prof dr Liesbeth Lijnzaad, LL.M. (Amsterdam), International Tribunal for the Law of the Sea (Hamburg) and Maastricht University
- Martin Doe, BCL (McGill), Permanent Court of Arbitration (the Hague)
- Ignacio de Castro, LL.M. (King's College London), WIPO Arbitration and Mediation Centre (Geneva)
- iur. Dražen Petrović, LL.M. (EUI Florence), former Registrar of the Administrative Tribunal of the International Labour Organization
- Nadja Jaisli, LL.M. (NYU), Bär & Karrer
- iur Christopher Boog, Schellenberg Wittmer (Singapore and Zurich)
- iur Bernd Ehle, LL.M (Northwestern), LALIVE
- Dr Dr. Pascal Hachem, Bär & Karrers

To read more and apply: [Link](#) (Early applications are encouraged because the number of places is limited.)

Winter School on Federalism and Governance 2024, Institute for Comparative Federalism of Eurac Research, Bolzano/Bozen, the Faculty of Law and the Faculty of Social and Political Sciences of the University of Innsbruck, 05.-16.02.2024

The **Institute for Comparative Federalism** of Eurac Research, Bolzano/Bozen, the **Faculty of Law** and the **Faculty of Social and Political Sciences** of the **University of Innsbruck** announce the **15th edition** of their joint programme, the

WINTER SCHOOL ON FEDERALISM AND GOVERNANCE 2024

The Winter School is a cross-border postgraduate programme located in the heart of the Alps under the auspices of the Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe.

The 2024 edition will focus on **“FEDERALISM AND SUSTAINABILITY”**

Dates: 05 February – 16 February 2024

The first week (*05- 09 February*) takes place at the Faculty of Law and the Faculty of Social and Political Sciences, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, **Austria**;

The second week (*12 – 16 February*) takes place at the Institute for Comparative Federalism, Eurac Research, Bolzano/Bozen, **Italy**.

Deadline for applications: **15 October 2023, 23:59 CEST**

The Winter School is designed for participants from all nationalities who wish to broaden their knowledge of federalism and multilevel governance through an interdisciplinary and comparative approach. We welcome applications from post-docs, postgraduate & graduate students, researchers, civil servants, employees of national/international organizations or NGOs. The Winter School explores how federalism can contribute to multilevel, integrated and pluralistic decision-making. It is a unique opportunity to receive training on theoretical and practical aspects of federalism and governance.

Please see the [flyer](#) for more details on the Winter School 2024. **To apply and for further information, please visit: winterschool.eurac.edu** or follow us on Facebook **@winterschoolfederalism**

IV. Stellenanzeigen

Eine Stelle als Universitätsassistent*in (20 bzw. 30h/Woche), Universität Innsbruck (Deadline: 09.10.2023)

Stelle als UniversitätsassistentIn am Institut für Europarecht und Völkerrecht, Universität Innsbruck (Deadline 09.10.2023) – REWI-13495

UniversitätsassistentIn – Dissertationsstelle (20 Stunden/Woche – mit Vorlage der Dissertationsvereinbarung erfolgt eine Aufstockung des Beschäftigungsausmaßes auf 30 Stunden/Woche), Institut für Europarecht und Völkerrecht ab 01.10.2023 auf 4 Jahre.

Hauptaufgaben:

- Dissertation im Bereich Europarecht bzw. Völkerrecht;
- Eigene Forschung;
- Eigene Lehre;
- Mitwirkung an der Forschungs- und Publikationstätigkeit des Instituts und Mitwirkung an der Lehre;
- Betreuung von Studierenden;
- Aus- und Weiterbildung;
- Administrative Aufgaben.

Erforderliche Qualifikation:

- Abgeschlossenes facheinschlägiges Master-, Magister- oder Diplomstudium der Rechtswissenschaften bzw. des Wirtschaftsrechts;
- Gute Kenntnisse und besonderes Interesse im “Europarecht” sowie im “Völkerrecht”;
- guter Studienabschluss;
- sehr gute Deutsch- und Englischkenntnisse;
- Erfahrungen im wissenschaftlichen Arbeiten von Vorteil;
- Auslandserfahrung von Vorteil;
- Gute EDV-Kenntnisse;
- Teamfähigkeit, Motivation, Einsatzbereitschaft

Bitte legen Sie der Bewerbung schriftliche Überlegungen zu Ihrem Dissertationsvorhaben bei (max. 5 Seiten).

Ausschreibung im Karriereportal der Universität Innsbruck (REWI-13495); Deadline 09.10.2023

[UniversitätsassistentIn – Dissertationsstelle \(uibk.ac.at\)](https://uibk.ac.at)

Five 2-year Postdoctoral Fellowships (100%), University of Konstanz (Deadline: 10.10.2023)

Five 2-year Postdoctoral Fellowships at the Zukunftskolleg

(Fulltime, E 13 TV-L)

Reference No: 2023/167. The preferred start date is April 1st, 2024. Conditionally on the submission of an external grant, the position can be extended for an additional year. In principle, the position can be divided into two half-time positions.

The University of Konstanz is one of eleven Universities of Excellence in Germany. Since 2007 it has been successful in the German Excellence Initiative and its follow-up programme, the Excellence Strategy.

The Zukunftskolleg is an Institute for Advanced Study for early career postdoctoral researchers in the natural sciences, humanities and social sciences. It is a central component of the university's strategy "creative.together". The Zukunftskolleg promotes interdisciplinary discourse between distinguished researchers from Germany and abroad, and provides them with the resources to conduct their research independently and free from administrative constraints. The working language is English.

Each fellow is a member of both a university department and the Zukunftskolleg. Additionally, fellows of the Zukunftskolleg can be affiliated to the Clusters of Excellence at the University of Konstanz: "Politics of Inequality" or "Centre for the Advanced Study of Collective Behaviour".

Up to two Cluster-Zukunftskolleg Fellowships related to the study of collective behaviour can be funded by the "Centre for the Advanced Study of Collective Behaviour" directly.

The target group consists of excellent postdoctoral researchers at the early career level, with leadership abilities and a capacity for teamwork, so that they can reasonably be expected to take up leading roles in academia. The applications are evaluated in a two-stage process by international reviewers. The candidates will be informed about the decision around mid-February 2024.

We Offer:

- Professional infrastructure and an appropriate workplace for conducting research
- Individual Research Allowance
- Access to a pool for funding cooperative projects, research assistants, travel, and equipment purchases
- Funds for mutual research visits to international collaborators
- The possibility of attracting senior research partners to Konstanz through the senior fellowship and the mentorship program
- The opportunity to benefit from a variety of career development measures, including the University of Konstanz's Academic Staff Development and Research Support offices
- No teaching obligation, but an opportunity to teach in collaboration with your department at the University of Konstanz
- An international and interdisciplinary community of peers.

Your Responsibilities:

- Develop and implement your research project
- Build up your own research profile

- You are expected to participate actively in the regular weekly meetings of the Zukunftskolleg (and/or the respective Cluster of Excellence) and to contribute to the Zukunftskolleg in creating a team of exciting interdisciplinary postdoctoral researchers
- Have your place of residence in Konstanz or its surroundings

Your Competencies:

- You should be in possession of a doctoral degree granted between October 31, 2021 and December 31, 2023. Earlier graduation dates can be accepted in case of maternity/paternity leave, or working contracts outside academia.
- Candidates must not hold a permanent professorship, or have a habilitation or equivalent (Venia legendi). Candidates with their own position funded by another program, which can be transferred to Konstanz, are also eligible.
- Applicants must propose a research project that ties in with a discipline represented at the University of Konstanz. They are invited to include in their motivation letter a reflection note on how their research relates to the 17 SDGs of the UN.
- Applicants should contact potential Local Academic Partners among the researchers at the University of Konstanz in order to ensure appropriate affiliation. Support from a department strengthens the application.
- International experience in teaching or research, and a strong interest in interdisciplinary topics are desirable.

More information on the Zukunftskolleg and current Fellows, as well as a special section devoted to the application and selection process (online application process, required documents, guidelines on eligibility, evaluation criteria, the timeline and the stages of the selection process) are available on our website at: <http://zukunftskolleg.uni-konstanz.de>.

All applications and supporting materials (letter of motivation, research proposal, curriculum vitae, writing sample and two letters of reference) must be submitted in English via our [Online Application Portal](#).

Questions can be directed via e-mail to: zukunftskolleg-application@uni-konstanz.de. We look forward to receiving your application until 10 October 2023, 11:00 am (Konstanz time).

Mehrere Stellen als Universitätsassistent*innen Prae Doc (30h/Woche) oder Post Doc (40h/Woche), Prof. Dr. Monika Polzin, LL.M. (NYU), Institut für Europarecht und Internationales Recht, Wirtschaftsuniversität Wien (Deadline: 25.10.2023)

Universitätsassistent*in post doc Non Tenure Track oder 2 Universitätsassistent*innen prae doc

Sie möchten Zusammenhänge verstehen und Grundlegendes bewegen? Bei uns finden Sie das Umfeld, in dem Sie Ihr Potenzial entfalten können. An einer der größten und modernsten Wirtschaftsuniversitäten Europas. Auf einem Campus, an dem Arbeitsqualität auch Lebensqualität ist. Wir suchen Verstärkung am

Institut für Europarecht und Internationales Recht

40 Stunden/Woche (für Post-doc Stelle) oder 30 Stunden/Woche (für Prae-doc Stelle)

Ab 01.12.2023 befristet für die Dauer von 6 Jahren (für Post-doc Stelle) bzw. 4 Jahren (für Praedoc Stelle)

Sie wollen das Interesse an Ihrem Forschungsthema vertiefen und gleichzeitig Erfahrungen in der Lehre sammeln? Mit dieser Stelle steht Ihnen der Weg in die Wissenschaft ebenso offen, wie der spätere Schritt in die Wirtschaft.

Was Sie erwartet

Für Prae-doc Stelle:

- Mitarbeit bei Forschungsaufgaben
- Mitarbeit bei Lehr- und Verwaltungsaufgaben
- Mitarbeit bei Prüfungen und Evaluierungsmaßnahmen
- Betreuung von Studierenden
- Selbstständige Forschungstätigkeit mit dem Ziel der Vertiefung der eigenen fachlichen und wissenschaftlichen Kenntnisse und der Erstellung einer Dissertation
- Selbstständige Abhaltung von Lehrveranstaltungen

Für Post-doc Stelle:

- Mitarbeit bei Forschungsaufgaben
- Mitarbeit bei Lehr- und Verwaltungsaufgaben
- Mitarbeit bei Prüfungen und Evaluierungsmaßnahmen
- Betreuung von Studierenden
- Selbstständige Forschungstätigkeit mit dem Ziel der Vertiefung des eigenen wissenschaftlichen Profils und der Erstellung einer Habilitation
- Selbstständige Abhaltung von Lehrveranstaltungen

Was Sie mitbringen

Für Prae-doc Stelle:

- Abgeschlossenes Diplomstudium bzw. Bachelor- und Masterstudium der Rechtswissenschaften, das zum Doktoratsstudium an der WU berechtigt
- Sehr guter Studienerfolg, insbesondere im Europa – und Völkerrecht sowie im öffentlichen Recht
- Nachweisbare Kenntnisse und Interessenschwerpunkte im Europa – Völkerrecht und/oder dem öffentlichen Recht
- Erfahrungen im Universitätsbetrieb und bei der Betreuung von Studierenden
- Sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, weitere Fremdsprachenkenntnisse sind von Vorteil
- Berufserfahrung in der juristischen Praxis ist von Vorteil
- Bereitschaft zur Verfassung einer Dissertation
- Multimedia Lehr-Bereitschaft: Sie sind bereit, multimediale Lehr- und Lernformate anzuwenden.

Für Post-doc Stelle:

- Mit sehr gutem Erfolg abgeschlossenes Diplomstudium bzw. Bachelor- und Masterstudium der Rechtswissenschaften

- Mit sehr gutem Erfolg abgeschlossene Dissertation im Bereich des Europa – oder Völkerrechts oder im öffentlichen Recht
- Weitere selbstständige Veröffentlichungen
- Erfahrungen im Universitätsbetrieb und bei der Betreuung von Studierenden
- Sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, weitere Fremdsprachenkenntnisse sind von Vorteil
- Berufserfahrung in der juristischen Praxis ist von Vorteil
- Bereitschaft zur Verfassung einer Habilitation
- Multimedia Lehr-Bereitschaft: Sie sind bereit, multimediale Lehr- und Lernformate anzuwenden.

Was wir Ihnen bieten

- Inspirierendes Campusleben mit über 2.400 Mitarbeitenden in Forschung, Lehre und Verwaltung und rund 21.500 Studierenden
- Architektonisch herausragender, moderner Campus mitten in Wien
- Sehr gute öffentliche Erreichbarkeit
- Sinnstiftende Arbeit, in einem weltoffenen, inklusiven und familienfreundlichen Arbeitsklima
- Flexible Arbeitszeiten
- Zahlreiche Benefits, von Betriebsarzt über Sportangebote und Essenszuschuss bis hin zu vielfältigen Mitarbeitenden-Rabatten

Neugierig geworden? Mehr darüber was die WU als Arbeitgeberin besonders macht, erfahren Sie unter www.wu.ac.at/benefits.

Das monatliche Mindestentgelt beträgt 4.351,90 Euro brutto (für Post-doc Stelle) bzw. 2.457,98 Euro brutto (für Prae-doc Stelle). Gleichwertige bzw. Tätigkeitsbezogene Vordienstzeiten können zu einem höheren Einstiegsgehalt führen. Darüber hinaus bieten wir eine Vielzahl an attraktiven Sozialleistungen an.

Wollen Sie Teil der WU werden?

Dann bewerben Sie sich bitte bis spätestens 25.10.2023 unter www.wu.ac.at/jobs (Kennzahl: 1905).

Wir freuen uns auf Sie!

Die Stellenausschreibung im PDF-Format ist [hier](#) zu finden.

Eine Stelle als Referent*in (100%), Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) (Deadline: keine Angabe, zum frühestmöglichen Zeitpunkt)

Wissenschaftliche Tätigkeit / Projektarbeit, EU-Rechtsangelegenheiten für die europäische Vertretung deutscher Raumfahrtinteressen

Beginn: zum frühestmöglichen Zeitpunkt

Dauer: zunächst auf zwei Jahre befristet

Vergütung: bis Entgeltgruppe 14 TVöD

Beschäftigungsgrad: Vollzeit (Teilzeit möglich)

Ihre Mission:

Die im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) angesiedelte Raumfahrtagentur konzipiert im Auftrag der Bundesregierung (BMWK) das Deutsche Raumfahrtprogramm, führt es durch und integriert alle deutschen Raumfahrtaktivitäten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Die Raumfahrt gewinnt wirtschaftlich und politisch zunehmend an Bedeutung und steht vor spannenden Herausforderungen. Vom Klimaschutz aus dem All bis zur europäischen Beteiligung am erneuten Aufbruch zum Mond werden viele neue zukunftsgerichtete Projekte diskutiert, geplant und umgesetzt. Gerade die europäische Raumfahrt mit ihren zentralen Akteuren Europäische Weltraumorganisation ESA und Europäische Union (EU) entwickelt sich hierbei sehr dynamisch.

In diesem Umfeld sind wir in der Abteilung Europa-Angelegenheiten Ansprechpartner und Koordinierungsstelle für alle die europäische Raumfahrtaktivitäten betreffenden Fragen in der Raumfahrtagentur. Unser junges Team ist für eine kohärente Vertretung deutscher Raumfahrtinteressen auf europäischer Ebene verantwortlich, insbesondere in der Raumfahrtpolitik und -programmatisierung der ESA und der EU.

Zur Unterstützung dieses international ausgerichteten Teams suchen wir Sie als Referent/in für EU-Rechtsangelegenheiten:

- Sie verantworten rechtliche Analysen und Bewertungen des Handelns der EU im Bereich Raumfahrt. Dazu zählt die Sitzungsvorbereitung von EU-Gremien wie der Ratsarbeitsgruppe Weltraum und relevanter EU-Programmausschüsse.
- Sie erarbeiten Rechtsgutachten zu allen Fragestellungen an den Schnittstellen zwischen EU und Raumfahrt und definieren juristisch zulässige Handlungsspielräume.
- Sie formulieren Verhandlungspositionen und -strategien unter Berücksichtigung deutscher Raumfahrtinteressen, die Sie gegenüber Dritten und in EU-Gremien vertreten.
- Ferner formulieren, verhandeln und prüfen Sie in rechtlicher Hinsicht bilaterale und multilaterale Abkommen mit EU-Institutionen und anderen EU-Mitgliedstaaten von größtenteils europa- und völkerrechtlicher Natur.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, Ihre gleitende Arbeitszeit mobil zu gestalten und gewährleisten damit eine äußerst flexible Arbeitsstruktur. Für unsere krisenfesten Jobs gibt es ein umfassendes Personalentwicklungsprogramm intern sowie mit externen Anbietern, ein betriebliches Gesundheitsmanagement und ein familienfreundliches Umfeld.

Ihre Qualifikation:

- 2. juristisches Staatsexamen
- vertiefte Kenntnisse des Europarechts
- vertiefte Kenntnisse und praktische Erfahrungen mit den Arbeitsweisen und Regelungen von internationalen Organisationen (idealerweise von EU und/oder ESA) oder anderen internationalen Gremien
- langjährige Erfahrung im Bereich Raumfahrtforschung und/oder öffentliche Verwaltung mit internationalem, insbesondere mit rechtlichem Bezug

- langjährige Praxis in der europäischen Zusammenarbeit, insbesondere mit rechtlichem Bezug, mit vertieften Kenntnissen über Organisation, Programme und Verfahren der EU
- ausgeprägtes rechtspolitisches Verständnis und Fähigkeit zur Übersetzung von deutschen Raumfahrtinteressen in rechtliche Positionen und Verhandlungsstrategien
- einwandfreie Deutschkenntnisse
- verhandlungssichere Sprachkenntnisse in Englisch und ggf. Französisch
- sicheres und gewandtes Auftreten im Innen- und Außenverhältnis
- Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Engagement
- Bereitschaft zu Dienstreisen im In- und Ausland
- Die Bereitschaft zur Sicherheitsüberprüfung gem. Sicherheitsüberprüfungsgesetz des Bundes wird vorausgesetzt.
- Erfahrung in der europäischen Gremienarbeit ist von Vorteil
- gute Kenntnisse der Raumfahrtagentur sind wünschenswert
- Kenntnisse des ESA-Rechts und der ESA-Verfahren sind bevorzugt
- gewünscht sind fundierte Kenntnisse der nationalen und europäischen Raumfahrtpolitik

Ihr Start:

Freuen Sie sich auf einen Arbeitgeber, der Ihr Engagement zu schätzen weiß und Ihre Entwicklung durch vielfältige Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten fördert. Unser einzigartiges Arbeitsumfeld bietet Ihnen Gestaltungsfreiräume und eine unvergleichbare Infrastruktur, in der Sie Ihre Mission verwirklichen können. Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf sowie Chancengleichheit von Personen aller Geschlechter (w/m/d) sind wichtiger Bestandteil unserer Personalpolitik. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen bevorzugen wir bei fachlicher Eignung.

Mehr Informationen [hier](#).

Mehrere Stellen als Rechtsreferendar*innen (100%), Amnesty International Deutschland e.V. (Deadline: Keine Deadline)

Amnesty International Deutschland e.V. bietet ab dem 01.02.2024, ggf. sogar früher, Referendariatsplätze an. Weitere Informationen sind [hier](#) zu finden.

Eine Stelle als Rechtsreferendar*in, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Deadline: keine Deadline)

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine/n RechtsreferendarIn für die Wahlstation mit dem Schwerpunkt Internationales Recht (m/w/d).

Kennwort: Dauerausschreibung Recht

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik bietet Juristinnen und Juristen die Möglichkeit, ihre Wahlstation im Rahmen des Referendariats im Bereich internationales Recht zu absolvieren. Wie bieten Ihnen einen vertieften Einblick in die vielseitigen Tätigkeitsfelder eines Think Tanks mit internationalen Kooperationen. Sie arbeiten an Themen, die sich durch außenpolitische Relevanz auszeichnen und beraten u.a. Regierungen und Parlamente.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen und Trends der deutschen Außenpolitik. Als unabhängige, überparteiische und gemeinnützige Experten- und Mitgliederorganisation prägt sie seit über 60 Jahren die außenpolitische Debatte in Deutschland und trägt zur internationalen Vermittlung deutscher Politik bei.

IHRE AUFGABEN:

- Juristische Recherchen und Zuarbeit für Publikationen des Forschungsinstituts;
- Erstellung von Vorlagen zu Themen des Internationalen Rechts;
- Thematische Vorbereitung von Terminen und Veranstaltungen;
- Unterstützung bei der strategischen Politikberatung in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik;
- Unterstützung bei internationalen Kooperationen.

SIE BRINGEN MIT:

- Erfolgreich abgeschlossenes und mindestens befriedigendes erstes juristisches Staatsexamen in Rechtswissenschaft;
- Fähigkeit zum selbstständigen wissenschaftlichen Arbeiten;
- Verhandlungssicheres Englisch in Wort und Schrift;
- Sicheres Text- und Ausdrucksvermögen;
- Wünschenswert Erfahrung in der forschungsbasierten Arbeit oder Politikberatung.

WIR BIETEN IHNEN:

- Verantwortungsvolle, spannende und abwechslungsreiche Aufgaben in einem aufgeschlossenen, interdisziplinären Team;
- Eine Tätigkeit an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis;
- Kontakt zu nationalen und internationalen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft;
- Ein motiviertes und aufgeschlossenes Team in einer dynamischen Organisation.

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!

Für inhaltliche Fragen zur Stelle steht Ihnen Dr. Monika Lücke gern zur Verfügung (lueke@dgap.org; +49 30 254231-117). Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung inkl. Zeugnisse und Lebenslauf, die Sie bitte in nur einer PDF-Datei und unter der Nennung des Kennwortes Dauerausschreibung Recht zu Händen von Dr. Monika Lücke an folgende Adresse senden: jobs@dgap.org. Im Interesse der beruflichen Gleichstellung sind Bewerbungen von Frauen in Bereichen mit Unterrepräsentanz besonders erwünscht und werden den gesetzlichen Vorgaben entsprechend bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt. Außerdem schätzen wir Vielfalt und begrüßen Bewerbungen von Menschen unabhängig von kultureller, sozialer oder ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität. Menschen mit Schwerbehinderung und ihnen gleichgestellte Menschen werden bei gleicher Eignung nach den gesetzlichen Vorgaben bevorzugt berücksichtigt. Wir begrüßen ausdrücklich Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Bitte beachten Sie, dass nur Bewerberinnen und Bewerber kontaktiert werden, die zu einem Auswahlgespräch eingeladen werden.

Impressum

Diese Mitteilungen wurden vom Newsletterteam des Völkerrechtsblogs erstellt. Diese Informationen sind auch online in der Service-Rubrik des Völkerrechtsblogs unter <http://voelkerrechtsblog.org/> abrufbar und werden dort regelmäßig aktualisiert.

Hinweise auf Veranstaltungen, Stellenausschreibungen und Calls for Papers nimmt das Newsletterteam gerne unter newsletter@voelkerrechtsblog.org entgegen.

Der [Völkerrechtsblog](#) stellt eine Plattform dar, auf der regelmäßig Beiträge zu völkerrechtlichen Themen veröffentlicht und diskutiert werden. Die Mitglieder der DGIR sind herzlich dazu eingeladen, sich durch Blog-Posts und Diskussionsbeiträge zu beteiligen. Blog-Posts werden gerne unter editorial-team@voelkerrechtsblog.org entgegengenommen.

Datenschutz

Ihre Mailadresse wird in unserer Newsletter-Liste geführt. Sollten Sie nicht mehr auf dieser Liste geführt werden wollen und keine Mitteilungen mehr von der DGIR erhalten wollen, dann senden Sie bitte eine leere E-Mail mit dem Betreff „Unsubscribe DGIR Mitteilungen“ an sekretariat-hobe@uni-koeln.de. Wenn Sie jedoch weiter auf der Liste geführt werden wollen, ist keine Reaktion nötig.